

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Döl, Kupferberg, Nadevornwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 255

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Beilagen, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig, Reklame 40 Goldpfennig, — Offertgebühren 10 Goldpfennig und Porto. —

Halver

Freitag, den 30. Oktober

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“

1925

Heute die Beilage: „Herd und Scholle“.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichspräsident von Hindenburg hat sich zur Erledigung privater Angelegenheiten nach Hannover begeben, wo er bis Freitag verbleiben wird.

* Dr. Edmund Stinnes hat sich anscheinend zu längerem Aufenthalt nach Amerika begeben. Das Schicksal des von ihm geleiteten Werkes, der „Aga“, ist dadurch sehr zweifelhaft geworden.

* Die Franzosen haben die Stadt Damaskus durch ein mehrere Tage andauerndes Bombardement furchtbar heimgegriffen.

* In Amerika ereignete sich bei Victoria eine Zugentgleisung, bei der 20 Personen getötet wurden.

Koalition oder Neuwahl?

Von parlamentarischer Seite wird uns geschrieben:

Die Deutsche Volkspartei unterscheidet sich von allen anderen deutschen Parteien dadurch, daß sie eine typische „Führer“-Partei ist, daß sie ihrem Vorsitzenden Dr. Stresemann tatsächlich unentwegt folgt, ohne sich, wie die anderen Parteien, durch meistens doch nur auf dem Papier stehende Programme hemmen zu lassen. So ist sie auch jetzt hinter ihren Führer getreten, obwohl auch in den Kreisen dieser Partei Bedenken in bezug auf den Vertrag von Locarno nicht ganz unterdrückt wurden. Man hat diese Bedenken zurückgestellt und ist einstimmig zu einem Beschluß gekommen, der sich verbündet, aber deutlich gegen die Anschauungen und Erklärungen der Deutschen nationalen Partei richtet. Zunächst wird betont, daß der Vertrag von Locarno in allen wesentlichen Punkten den Grundgedanken der deutschen Note vom 20. Juli entspricht und damit auch den Richtlinien der Partei selbst, die am 2. Juli veröffentlicht waren; die deutschen Lebensnotwendigkeiten seien durch den Vertrag nicht preisgegeben worden — bekanntlich ist der Grund für das Ausscheiden der Deutschen nationalen die entgegengesetzte Ansicht. Die Erklärung hebt des weiteren noch im einzelnen hervor, daß der Artikel 1 des Westpakt nur einen Verzicht auf Angriffskrieg enthalte, nicht aber etwa eine friedliche Fortentwicklung auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker verbiete. Der Versailler Vertrag werden nicht von neuem anerkannt, sondern es werde nur erklärt, daß durch den Sicherheitsvertrag keine formelle Änderung der bestehenden Verträge herbeigeführt werde. Die deutschen Voraussetzungen für den Eintritt in den Völkerbund seien in Locarno erfüllt worden, namentlich hinsichtlich des Artikels 16 (Durchmarschrecht). Auch im Osten seien die deutschen Interessen gewahrt worden, weil auch die französischen Militärbündnisse mit unseren Nachbarn Deutschland nicht bedrohen.

Selbstverständlich stellt sich die Deutsche Volkspartei auf den Standpunkt, daß der durch den Vertrag herbeizuführende allgemeine Friedenszustand sich auch im besetzten Gebiete auswirken müsse, daß der Vertrag erst in Kraft treten könne nach Räumung der ersten Rheinlandzone und Vereinigung der Entwaffnungsfrage, was beides sichergestellt werden müsse. Ebenso wie die grundlegende Änderung des Besatzungsregimes und der Anfang der endgültigen Räumung, entsprechend den Zusagen der Delegationsführer in Locarno. Ohne solche entscheidenden Maßnahmen der Vertragsgegner könne der Deutsche Reichstag den Vertrag von Locarno nicht annehmen. Man betrachtet es als dringende Pflicht Deutschlands, mit allen Kräften auf diese Ergänzungen und sofortigen Auswirkungen der Vereinbarungen hinzuwirken; diese politische Aufgabe werde aber in ihrer Erfüllung durch das Verhalten der Deutschen nationalen Volkspartei gefährdet und sie müsse für die Folgen die Verantwortung übernehmen.

Durch diese Entschliebung der Deutschen Volkspartei ist die innerpolitische Situation aufgeklärt worden. Die Stellungnahme gegen die Deutschen nationalen Volkspartei ist zweifellos ziemlich scharf, und daher wollen die politischen Alleswissenden bereits eine Rückkehr der Deutschen Volkspartei zur großen Koalition als wahrscheinlich bezeichnen. Die Demokratische Partei ist ja zweifellos gewillt, in die Regierung Luther einzutreten, allerdings nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen. Und diese Voraussetzungen liegen darin, eine feste Schranke gegen die Möglichkeit zu errichten, daß die Deutschen nationalen nach der Entscheidung über Locarno, mag sie nun dafür oder dagegen ausfallen, etwa wieder in die Regierung Luther zurückkehren. Der innerpolitische Streit um Locarno müsse vielmehr der Ausgangspunkt einer völligen Umorientierung der ganzen deutschen Innenpolitik sein, dafür aber müßten Garantien gegeben werden, ehe die Demokraten in ein Kabinett Luther einträten.

Das Zentrum läßt sich alle Türen offen. Auf der am Sonntag stattgefundenen Tagung des westfälischen Zentrums in Hamm hat zwar Dr. Marx, der Parteivorsitzende, mit ziemlicher Schärfe gegen die Deutschen nationalen gesprochen, aber resigniert erklärt, er wisse nicht, wie Neuwahlen mit der Parole für oder gegen Locarno ausfallen würden. Außerdem kommt das Zentrum in eine etwas zweifelhafte Lage dadurch, daß der Reichstagsgesetzentwurf zurückgezogen wird und der sozialdemokratische Staatssekretär Schulz, der von dem bisherigen Reichsinnenminister kaltgestellt worden war, wieder in sein Amt zurückkehrt. Marx hat aber in seiner Rede gerade die Durchführung des Reichstagsgesetzes für seine Partei als unumgänglich notwendig bezeichnet.

Daß die Sozialdemokratie an der großen Koalition der Mitte teilnehmen soll, wird von den maßgebenden Instanzen dieser Partei glatt abgelehnt. Man steuert dort vielmehr auf Neuwahlen hin, weil Luther der Vertreter des Rechtssturzes sei und mit seiner bisherigen Politik völlig Banfrotz erlitten habe. „Die Sozial-

Französischer Terror in Syrien

Das Bombardement von Damaskus Über 2000 Tote.

Neben Marokko bereitet den Franzosen das ihnen vom Völkerbund zugewiesene Mandat in Syrien große Schwierigkeiten. Die Eingeborenen lehnen sich gegen das französische Regime schon seit langem auf. Erst jetzt werden grauenhafte Einzelheiten bekannt, die sich in den letzten Tagen bei den Kämpfen um die Stadt Damaskus abgespielt haben, von der die Franzosen immer behaupteten, daß sie fest in ihrer Hand sei.

Nach einer Meldung des Reuter-Bureaus hat die Stadt zwischen dem 18. und 20. d. M. eine furchtbare Heimsuchung erlitten. Am ersten genannten Tage war ein Bandenführer in eines der Stadtviertel eingedrungen mit dem Rufe, daß die Deutschen da wären, und hatte die Einwohner zum Aufstand aufgefordert. Daraufhin wurde ein Polizeiposten angegriffen und ein französischer Offizier erschossen. Die Einwohner schlossen sich daraufhin den Eingedrungenen an. In dem Gefecht, das sich entspann, fielen hundert Franzosen in tapferem Kampf. Die französischen Behörden warfen Tanks und Panzerautos ins Gefecht, von denen den Aufständischen schwere Verluste zugefügt wurden. Diese setzten trotzdem hinter Barricaden ihr Feuer fort und setzten verschiedene Stadtviertel in Brand. Die französische Beschießung der Stadt dauerte von Sonntag nacht bis Dienstag. Viele öffentliche Gebäude wurden zerstört. Die Zahl der auf den Straßen liegenden Leichname wird

auf mehrere hundert geschätzt, während ungefähr zweitausend unter den Trümmern verstreut liegen müssen. Es wird behauptet, daß die Aufständischen in der Umgebung von Damaskus geblieben seien und daß mit weiteren Kämpfen zu rechnen sei.

Englische Empörung.

Das Vorgehen der Franzosen in Damaskus hat in der englischen Öffentlichkeit Entsetzen erregt. Selbst amtliche Stellen sind geradezu empört; im Publikum herrscht offene Erregung über das beispiellose Vorgehen des französischen Militärs, insbesondere bezeichnet man die Schaulustlung der erschossenen Rebellen auf einem öffentlichen Platz in Damaskus als eine unerhörte Provokation der Bevölkerung, während die Tatsache, daß das französische Militär nur die französische Kolonie von Damaskus von dem bevorstehenden Bombardement unterrichtet hatte, tiefe Entrüstung erregt.

Man spricht davon, daß man das Vorgehen der Franzosen in Damaskus vor den Völkerbund bringen will.

Französische Verstärkungen.

Wie ernst die Lage in Syrien ist, geht daraus hervor, daß zwei französische Kavallerieregimenter in Marokko den Befehl erhalten haben, sofort nach Syrien abzurücken. General Sarrail hat außerdem 15 000 Mann Verstärkungen angefordert. Nach Londoner Meldungen ist Damaskus von den Franzosen geräumt worden. Das französische Kriegsministerium weigert sich jedoch, irgendwelche Einzelheiten bekanntzugeben.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichspräsident hat sich zur Erledigung privater Angelegenheiten nach Hannover begeben, von wo er am Freitag wieder nach Berlin zurückkehren wird.

Berlin. Die Antwort der französischen Handelsdelegation auf die deutschen Vorschläge zur Fortführung der Handelsvertragsverhandlungen ist nunmehr überreicht worden und wird in Berlin einer beschleunigten Prüfung unterzogen.

München. Dem Völkischen Beobachter zufolge wurde eine in Neustadt an der Donau von der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei angeführte Versammlung vom dortigen Bürgermeister verboten. Das Blatt weiter meldet, ist es deshalb zu einem Straßentumult gekommen.

Baden-Baden. Eine Konferenz zwischen Vertretern der Reichsregierung sowie der preussischen und bayerischen Regierung und einer Delegation der Regierungskommission des Saargebietes brachte eine Einigung über eine Anzahl von Verwaltungsangelegenheiten des Saargebietes.

Bern. Der neue Nationalrat wird nach den Neuwahlen 49 Sozialdemokraten zählen statt der bisherigen 42. Die freisinnig-demokratische Partei bleibt mit 60 Mandaten die stärkste bürgerliche Partei, während Konservative und Agrarier Verluste zu verzeichnen haben.

Peking. Die Pekingische Regierung richtete an Tschangtschun, an General Feng und an dessen Verbündeten, den Tzupan von Honan, ein Telegramm mit der Aufforderung, je zwei Delegierte zu einer Aussprache über die Lage nach Peking zu entsenden.

Schanghai. Die internationale Juristenkommission, die eine Untersuchung über die Schieberien in Schanghai am 30. Mai geführt hat, hat sich auf unbestimmte Zeit vertagt unter Vorbehaltung des Rechtes, weitere Zeugen zu vernehmen.

Preussischer Landtag.

(87. Sitzung.) tt. Berlin, 28. Oktober.

Zunächst tritt das Haus den Beschlüssen des Ausschusses über die Hilfsaktion für das Waldenburger Industriegebiet gegen die Stimmen der Kommunisten bei. Dann findet der gemeinsame Antrag der Regierungsparteien Annahme, der die Gültigkeitsdauer des Kriegsgesetzes zur Vereinfachung der Verwaltung verlängern will. Diese Vorlage, durch die eine Verfürzung des Geschäftsganges, Änderung des Bescheidverfahrens der Beamten usw. vorläufig beibehalten werden soll, wird auch gleich in dritter Lesung verabschiedet. Es folgt die zweite Beratung des

Bergbauhaushalt.

Mit der Beratung wird die Besprechung einiger Anträge und Anfragen über Beschäftigungen im Ruhrgebiet, Herabsetzung der Arbeitszeit, Lohnfürzungen der Invaliden und Notlage des niederschlesischen Bergbaubereichs verbunden.

Abg. Sobotta (Komm.) berichtet über die Ausschussberatungen zu dem Antrag seiner Partei auf Einführung des Achtstundentages; bei besonders schwerer Arbeit sollen sieben Stunden festgesetzt werden. Der Ausschuss hat die Ablehnung dieses Antrages vorgeschlagen und weiterhin beschlossen, daß die Staatsregierung einen neuen Bericht über den sozialdemokratischen Antrag betr. die Verhinderung und Rückgängigmachung von Stilllegungen vorlegen soll.

Ein Vertreter der Bergverwaltung beantwortete die große Anfrage der Demokraten über die Notstände der Bergarbeiterbevölkerung im niederschlesischen Kohlenrevier dahin, daß die Verwaltung alles tue, um die Not zu mildern.

In der allgemeinen Besprechung betonte zunächst Abg. Franz (Soz.), daß der Bergbau unter der internationalen Wirtschaftskrise ganz besonders zu leiden habe.

Abg. Waldbausen (Dnat.) wies auf die katastrophale Lage des Steinkohlenbergbaues hin.

Abg. Steger (Ztr.) erklärte, daß sich auch in England, Frankreich und Belgien dieselben ungünstigen Verhältnisse zeigten.

Abg. Finterneit (D. B.) betonte, daß zur Verwirklichung des internationalen Kohlenindizes noch viel Zeit erforderlich sei.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Der neue Reichswirtschaftsrat.

Das Reichswirtschaftsministerium gibt jetzt die Referentenentwürfe über den endgültigen Reichswirtschaftsrat bekannt. Die Vorlage besteht aus zwei Entwürfen, von denen der eine als Rahmengesetzentwurf die grundlegenden Bestimmungen über den Aufgabenkreis, die Stellung und die Rechte des endgültigen Reichswirtschaftsrats, der andere die zur Ausführung des Rahmengesetzes erforderlichen Vorschriften enthält. Die Mitgliederzahl des endgültigen Reichswirtschaftsrats soll nur 126 betragen gegenüber 326 des vorläufigen Reichswirtschaftsrats.

Hochschulkonflikt in Hessen.

Zwischen der Technischen Hochschule in Darmstadt und der hessischen Staatsregierung ist es zu einem Konflikt gekommen, da die Regierung eine freigelegte ordentliche Professur nicht gemäß den Vorschriften von Rektor und Senat, sondern unter Nichtberücksichtigung der drei von der Hochschule vorgeschlagenen Herren mit dem überhaupte nicht auf der Liste stehenden Professor Goldstein besetzt hat. Infolgedessen haben Rektor und Senat der Technischen Hochschule die für Mittwoch angesetzte feierliche Übergabe des Rektorats abgesehen. In einer Erklärung der Hochschulinstanzen an die Öffentlichkeit heißt es, daß durch die Regierungsverfügung die Hochschule in eine Lage versetzt werde, die es ihr natürlich erscheinen lasse, die Feier nicht abzuhalten.

Die polnischen Optanten in Preußen.

Nachdem in Polen in der Optantenpolitik ein Umschwung eingetreten ist, hat, wie offiziös gemeldet wird, die preussische Regierung entsprechend dem Beschluß des polnischen Ministerrats an die örtlichen Behörden die Anweisung ergehen lassen, daß die in der jüngsten Zeit als Repressalie verfürgten Ausweisungsbefehle gegen polnische Optanten unverzüglich rückgängig gemacht werden.

Berechtigungen des Rheinschifferpases.

Das von der Reichsregierung schon seit dem Frühjahr mit den Niederlanden, Frankreich und der Schweiz gegenständig vereinbarte Verfahren, Rheinschiffern, welche einen als „Rheinschifferpaß“ bezeichneten Seimapaß bei sich führen, die Einreise ohne Sichtvermerk zu gestatten, ist durch ein neues Abkommen mit Belgien erweitert worden. Der deutsche Rheinschifferpaß berechtigt nunmehr auch zur Einreise nach Belgien auf denjenigen Wasserstraßen, welche die wichtigsten belgischen Hafensysteme Antwerpen, Gent, Brüssel und Brügge mit dem Rhein verbinden.

Ungarn

× Eine neue ungarische Währung. Der ungarische Finanzminister unterbreitete der Nationalversammlung den Gesetzentwurf über eine neue Währung. Nach diesem Entwurf tritt an Stelle der Kronenwährung eine neue Goldwährung. Die Rechnungseinheit ist der Kengő, welcher in 100 Groschen zerfällt. Die neue Währung wird am 1. Januar 1927 obligatorisch.

geplanten Stollenvorstoß sei in diesem Prozeß zum erstenmal von Admiral von Trotha offen zugegeben worden, daß die Absicht eines solchen Vorstoßes bestanden habe. In Kiel und Berlin sei Ende 1918 nicht ein solches klares Eingeständnis erfolgt. Von einer plötzlichen Revolte und einer planmäßigen Vorbereitung hierzu habe er, als er am 4. November auf Veranlassung der Reichsleitung nach Kiel kam, nichts beobachtet. Der Kriegsausgang hätte durch die geplante Seeschlacht im Oktober 1918 nicht mehr entscheidend beeinflusst werden können. Die Vorbereitung der Revolution sei nicht planmäßig erfolgt.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 30. Oktober 1925.

□ Herabsetzung der Vergütungszinsen und Mahngebühren für nicht rechtzeitig bezahlte Steuern. Die Vergütungszuschläge, die bei der verspäteten Zahlung von Steuern erhoben werden, sind nicht nur für die Reichssteuern sondern durch Verordnung vom 12. Oktober 1925 auch für die preussischen Staats- und Gemeindeabgaben mit Wirkung vom 15. Oktober d. J. ab auf 1/2 % halbmöndlich — 1 1/2 % monatlich — herabgesetzt worden. Was die Mahngebühren anlangt, so liegt dem Reichsrat gegenwärtig der Entwurf einer Verordnung vor, wonach die Mahngebühren auf etwa die Hälfte der gegenwärtig geltenden Sätze herabgesetzt werden sollen, so daß sie in Zukunft betragen: von den ersten 100 Reichsmark des Rückstandes 1 %, von den weiteren Beträgen 1/2 %, mindestens jedoch 20 Pf. Nach Verabschiedung des Entwurfs durch den Reichsrat ist für Preußen eine entsprechende Regelung in Aussicht genommen. Die Gebühren erhöhen sich bei längerer Dauer des Rückstandes nicht; ein Jahresaufschlag von 30 % ist daher nicht denkbar.

— * **Vorsicht mit Kopierstiften!** Aus Brüm in der Eifel wird gemeldet: Einem jungen Mann war beim Späßen eines Kopierstiftes die Spitze abgebrochen und in die Haut eingedrungen. Der junge Mann beachtete die unscheinbare Wunde nicht, aber ganz kurze Zeit darauf begann der Arm und die Hand anzuschwellen. Er mußte sich einem ärztlichen Eingriff unterziehen, der die drohende Gefahr einer tödlich wirkenden Blutvergiftung abwandte.

— * **Anwerbung von Auswanderern nach Brasilien.** Im April d. J. sind aus der Gegend von Mainz und Offenbach durch Vermittlung des brasilianischen Landagenten Jernhagen 34 Familien mit 121 Köpfen auf Freifahrt nach Sa. Paulo (Brasilien) ausgewandert. Schon nach kurzem Aufenthalt auf einer Zuckerrohrfazenda mußte sich die Auswanderergruppe mangels einer Existenzmöglichkeit auf der Fazenda zum Abzug entschließen. Einige haben in Sa. Paulo in der Industrie Beschäftigung gefunden. Das Schicksal des größten Teiles der Gruppe ist jedoch unbekannt. Der Landagent Jernhagen, der auf Grund des bei ihm vorgefundenen, belastenden Materials in Bensheim verhaftet, später aber gegen Sicherheitsleistung freigelassen worden ist, ist geflohen und nach Brasilien zurückgekehrt. Nach Feststellung der Reichsstelle für das Auswanderungswesen entwickelt eine Werbe-stelle in Amsterdam eine rege Tätigkeit zur Anwerbung deutscher Auswanderer nach Brasilien. Es wird vermutet, daß auch hier Jernhagen seine Hand wieder im Spiele hat. Es wird daher vor Personen, die sich mit der Bildung von Siedlergenossenschaften zur Auswanderung nach Brasilien befassen oder in anderer Weise in offener oder versteckter Form für eine Auswanderung nach Brasilien werben, gewarnt. Ueber diese Personen und von allen sonstigen Wahrnehmungen über eine Auswandererwerbung nach Brasilien ist der Reichsstelle für das Auswanderungswesen in Berlin oder den Polizeiverwaltungen Mitteilung zu machen.

— * **Siedlungsunternehmen in Concordia (Argentinien).** Der deutsche Caritas-Verband in Freiburg i. Br. hatte zu Beginn des Jahres 1924 den Pfarrer Franz Josef Brecht mit der Leitung einer Geschäftsstelle des Verbandes (Liga de Caridad) in Buenos Aires beauftragt. Brecht hat sich nun entgegen der ausdrücklichen Weisung des Verbandes mit Kolonisationsplänen befaßt und betreibt auch in der Gegend von Concordia mit einem gewissen Rah ein Siedlungsunternehmen, gegen das seitens der deutschen Gesandtschaft in Buenos Aires gewichtige Bedenken entstehen. Auch der von Brecht mit der Vertretung beauftragte Rah wird als ungeeignete Persönlichkeit bezeichnet. Rah hat auch entgegen einer der Reichsstelle für das Auswanderungswesen gegebenen Zusage deutsche Familien auf das Siedlungsland Concordia gebracht. Rah soll demnächst wieder nach Deutschland zurückkehren, um vermutlich weitere Auswanderer für Concordia anzuwerben. Vor dem Anschluß an das Unternehmen und vor Personen, die sich mit der Anwerbung für Argentinien befassen, wird gewarnt. Ueber diese Personen und alle sonstige Wahrnehmungen über eine Auswandererwerbung nach Argentinien ist der Reichsstelle für das Auswanderungswesen in Berlin oder den Polizeiverwaltungen Mitteilung zu machen.

(Halver, 29. Okt. Die nächste Mütterberatungsstunde findet im Anschluß an die Impfnachschau am Montag, den 2. Nov., von mittags 12 Uhr an in der Ostschule (Zeichensaal) statt.

& Halver, 29. Okt. Ueber die Beurteilung von Berufsschülern während des Geschäftsurlaubs verfügt der Minister für Handel und Gewerbe: Der Ausschuß der deutschen Jugendverbände hat beantragt, Jugendliche während ihres Geschäftsurlaubs von dem Besuche der Berufsschulen zu befreien, damit sie mehrtägige Wanderungen oder Reisen unternehmen können. Ich verkenne nicht die hohe Bedeutung, die eine solche Verwendung der Urlaubszeit für die gesundheitliche Kräftigung und geistige Förderung der Jugendlichen hat. Auf der anderen Seite ergeben sich erhebliche Störungen für den Schulbetrieb, wenn eine größere Zahl von Schülern außerhalb der Ferien von dem Schulbesuche befreit wird, zumal, da die Unterrichtszeit bereits mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Berufslebens auf 40 Unterrichtswochen jährlich herabgesetzt ist. Es muß daher das Bestreben sein, den Geschäftsurlaub, soweit ein solcher erteilt wird, möglichst so zu legen, daß er in die Schulferien fällt. Ich ersuche die Kuratorinnen der Berufsschulen, sich mit der Frage zu befassen und in geeigneter Weise auf die Vertreter des Berufslebens einzuwirken, daß die bei der Festsetzung des Urlaubs soweit als irgend möglich auf die Schulferien Rücksicht nehmen. Nur in besonderen Aus-

nahmefällen, wo aus dringenden Gründen der Urlaub nicht in die Ferien gelegt werden kann und aus gesundheitlichen und erzieherischen Gründen eine längere Abwesenheit von der Schule notwendig ist, kann eine Befreiung vom Unterrichte erfolgen.

Bredersfeld, 28. Okt. Aufhebung einer Kraftposthaltestelle. Auf der Kraftpostlinie Bredersfeld—Boerde fällt vom 1. November die Haltestelle Bistkein fort. Hierfür werden zur gleichen Zeit die Haltestellen Rott-häuserheide und am Hoppe wieder eingerichtet. Die Fahrzeiten auf der genannten Linie bleiben unverändert.

Sitzung der Gemeindevertretung Schalksmühle.

—x Schalksmühle, 29. Oktober 1925.

Im Cafeehaus von Schulz fand am Mittwoch eine Sitzung der Gemeindevertretung Schalksmühle um 2 Uhr beginnend statt. Die Vertreter waren außer des durch Krankheit verhinderten Vertr. Gust. Adersmann sämtlich erschienen. Ueber nachstehende Punkte wurde verhandelt und beschlossen:

1. Antrag der Firma C. Falkenroth Söhne, Schalksmühle auf Übertragung eines Gemeindegrundstückes. Die genannte Firma hat in einem Schreiben vom 6. 7. um Übertragung eines durch die Parzelle Flur 6 Nr. 628/267 führenden, seit Jahren nicht mehr benutzten Gemeindegeweges. Dem Antrage wurde gegen entsprechende Vergütung stattgegeben.

2. Gemeindefassenrechnung 1923. Die Gemeindefassenrechnung für 1923 lag zur Prüfung, Feststellung und Entlastung vor; letztere konnte erteilt werden.

3. Ordnung für die Erhebung einer Vergütungssteuer in der Gemeinde Schalksmühle. Dieselbe ist nach den bestehenden Vorschriften erneut zu beschließen und wurde somit demgemäß festgesetzt.

4. Abänderung der Gebührenordnung für die Veranlagung. Es hatte sich herausgestellt für die Veranlagung, daß es zweckmäßiger sei, diese nach dem Gebäudenutzungswert zu veranlagern. Es wurde 2% vom Gebäudenutzungswert als Maßstab angenommen.

5. Verwendung der Gemeinde-Hauszinssteuer. Dieselbe wird durch Vermittlung der Amtsparkasse Halver als Darlehen zu Neubauzwecken ausgegeben, welches als für 1925 gültig erklärt wurde.

6. Aufwendungen für die Verwaltungsgeschäftsstelle. Es soll bei der Amtsverwaltung beantragt werden, daß die Aufwendungen vom Amt Halver übernommen werden.

7. Heizungsanlage in der Hohenzollernschule. Infolge Mangelhaftigkeit sämtlicher Ofen in der Rektoratschule hat das Kuratorium beschlossen Zentralheizung anzulegen. Um die Ferien auszunutzen wurde mit der Anlage bereits begonnen. Diese Notwendigkeit wurde allseitig anerkannt und die Kosten hierfür bewilligt.

8. Erhöhung der Entschädigung für Benutzung der Turnhalle durch die Volksschulen. Der Schalksmühler Turnverein hat um Erhöhung der Entschädigung gebeten. Der Schulvorstand hat dem Antrage in seiner letzten Sitzung zugestimmt. Vertretung schloß sich dem an und bewilligte die fragliche Summe.

9. Wahlen. a) Der Fabrikant Hans Curt Jaeger hat gebeten, an Stelle seiner Person für die verschiedenen Kommissionen Ersatzwahlen vorzunehmen. Der Ausschussende gehörte folgenden Kommissionen an: Kuratorium der Rektoratschule, Schulvorstand der gewerblichen Fortbildungsschule, Wegebaukommission und Wasserwerkdputation. An seine Stelle wurde dessen Sohn Hermann Curt Jaeger gewählt. b) Anstelle des verstorbenen Arbeitersekretär Fr. Dippel ist eine Ersatzwahl für die Wohnungskommission zu tätigen und wurde hierfür Fritz Bremeder, Bergstraße bestimmt.

10. Instandsetzung von Gemeindegewegen. Zwecks Beantragung von Wegebaubehelfen bleibt über die Instandsetzung der Gemeindegewege für das Rechnungsjahr 1926 zu beschließen. Das Amtsbauamt hat einen Kostenvoranschlag über die Pflasterung der Hölverstraße vorgelegt. Es wurde darauf ein Antrag auf Wegebaubehelfe beschlossen.

11. Einspruch der Bewohner der oberen Hölverstraße auf Freistellung von den Kosten der Müllabfuhr. Der Antrag wurde abgelehnt.

12. Vertrauliche Sitzung.
Schluß der Sitzung gegen 7 Uhr.

Nah und Fern.

□ Enthüllung des Noefide-Denkmal. In der Eingangshalle des Reichslandbundesgebäudes zu Berlin wurde im Beisein zahlreicher Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen das von dem Bildhauer Morin und dem Architekten Roh geschaffene Denkmal für den verstorbenen Reichslandbundesführer und Parlamentarier Dr. Gustav Noefide enthüllt. Die Weibereide hielt der Reichslandbundespräsident Graf von Ralbreuth, der den Verstorbenen als das Muster eines Mannes pries, der neben der Vertretung der Interessen seines Standes niemals das Wohl der Gesamtwirtschaft und des Vaterlandes aus den Augen verloren habe.

□ Weibliche Stadtworordnetenmehrheit. Die Gemeinderatswahlen des ostpreussischen Landesteiles Birkenfeld ergaben in Hoppstädten eine kommunalpolitische Sensation. Aus Unzufriedenheit über die Gemeinderatsbeschlüsse der bisherigen männlichen Mitglieder war eine weibliche „Emancipationsliste“ aufgestellt worden. Bei schwacher Wahlbeteiligung der eingeschüchterten Männer ergab die Wahl eine weibliche Zweidrittelmehrheit, die nunmehr auch das Amt des Gemeindevorstehers zu erobern gedenkt. Die sechs Frauen werden nun das Stadtparlament beherrschen.

□ Ein ungewöhnlicher Unglücksfall. Das Pferd eines vorüberfahrenden Fuhrwerks in Magdeburg ging durch und raste in die Garage einer Seifenfabrik hinein. Dabei wurde ein Mann leicht verletzt. In der Garage zerfiel das Pferd einige Ballons mit Schwefel-pulver. Ein Chemiker wurde so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der Kutscher erlitt einen Nervenschock und zog sich eine Vergiftung durch Schwefeldämpfe zu; er hat die Sprache verloren.

□ Durch Brandstiftung vernichtete Ernte. Auf dem Rittergut Wietlow, Besitzer Rittergutsbesitzer Sells, Kreis Kolberg, wurde eine große Scheune in Brand gesteckt. Die in ihr lagernde noch ungedroschene gefamte Roggenernte wurde ein Raub der Flammen. Als der Tat dringend verdächtig wurden zwei Kartoffelbuddler aus Kolberg ver-

haftet, die kurze Zeit vor dem Ausbruch des Feuers entlassen worden waren.

□ Vergung eines gezeigten Dampfers. In einer stürmischen Augustnacht d. J. sank in der Ostsee unweit Zwinemünde der Sines-Dampfer „Ostermoor I“. Die Besatzung von 20 Mann ist vermutlich ertrunken. Seit acht Tagen war eine Hamburger Vergungsgesellschaft mit der Hebung des Bracks beschäftigt. Es gelang, das Brack zu heben. Nachdem es im Zwinemünder Hafen notdürftig abgedichtet worden war, ist das Schiff im Schleppplan eines Hamburger Schleppers nach Hamburg abgegangen, um dort einer Reparatur unterzogen zu werden.

Schweres Eisenbahnunglück in Amerika.

Zwanzig Tote.

In der Nähe von Vittoria (Mississippi) entgleiste ein Personenzug und rollte den Bahndamm hinunter. Bei der Eisenbahnkatastrophe wurden 20 Personen teils sofort getötet, teils erlitten sie ihren Verletzungen vor Eintreffen des Hilfszuges.

Anscheinend hat der mit 50 bis 60 Meilen Stunden-geschwindigkeit fahrende Zug die Schienen 200 Fuß vor einer Brücke von den Schienenstühlen losgerissen. Zunächst stürzten die Lokomotive und der erste Gepädwagen von der Brücke herab. Der Zug bestand aus drei Gepädwagen, neun Personen- und einem Pullmanwagen. Alle Wagen, mit Ausnahme des am Schluß folgenden Pullman, rollten von der 40 Fuß hohen Brücke herab. Drei Personenwagen schoben sich zu einem wirren Trümmerhaufen zusammen. Ein anderer Wagen rannte kopfüber in eine Lehmwand längs der Eisenbahnlinie.

Kleine Nachrichten.

Die Sozialdemokraten für Reichstagsauflösung.

Berlin, 28. Oktober. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat am Mittwoch zur Prüfung der politischen Lage zusammen. Nach zweistündiger Sitzung wurde ein Kommuniqué herausgegeben, in dem die Auflösung des Reichstages verlangt wird.

Ein Siedlungsfall.

Berlin, 28. Oktober. Im Jahre 1923 und 1924 hatten sich 65 Groß-Berliner Gewerbetreibende, Kaufleute und Arbeiter von der Wasdorfer Bodengesellschaft m. b. H. Siedlungsgrundstücke gekauft und sich in Wasdorf unter großen persönlichen Opfern Notwohnungen gebaut. Beim Verkauf war den Siedlern versichert worden, daß das verkaufte Terrain in jeder Weise unbefastet sei, doch hatte die Gesellschaft es immer wieder abgelehnt, die Auflösung und die Umschreibung im Grundbuchamt vornehmen zu lassen. Inzwischen hatte die Bodengesellschaft aber auf das gesamte ihr gehörige Terrain erhebliche Schulden gemacht. Nunmehr ist die Gesellschaft in Konkurs geraten, wodurch die 65 Siedler in Wasdorf recht- und schutlos geworden sind und etwa 300 bis 400 Personen auf die Straße geworfen werden.

Die Enthüllung des Augustaner-Denkmal.

Berlin, 28. Oktober. Als Ergebnis der vom Reichswehrministerium vorgenommenen Untersuchung über die Vorgänge bei der Enthüllung des Denkmal für die gefallenen Augustaner wird bekannt, daß die Dienststellen des Reichswehrministeriums durchaus nach den bestehenden Bestimmungen gehandelt haben. General Sirt v. Arnim, der bei der Denkmalenthüllung die Rede gehalten hat, bestreitet, daß er das Denkmal im Namen des Kaisers eingeweiht habe. Der General habe lediglich Grüsse des Kaisers an die Augustaner übermittelt und gebeten, ihm in ihrem Namen die Versicherung auszusprechen zu dürfen, daß, wie er im Geiste unter ihnen weile, sie seiner gedächten und in unwandelbarer Treue zu ihm ständen. Der Reichswehrminister hat nach dem Ergebnis der Untersuchung keine Veranlassung, die bestehenden Bestimmungen zu ändern, falls nicht durch die Untersuchung des Oberreichsanwalts ein anderes Ergebnis gezeitigt würde.

Selbstmord eines Justizrats.

München, 28. Oktober. In seiner Kanzlei in der Kaufingerstraße in München hat sich gestern abend der Justizrat Julius Ehlinger erschossen.

Die französische Ministerkrise.

Paris, 28. Oktober. In politischen Kreisen wird bestimmt damit gerechnet, daß Poincaré wieder mit der Kabinettsbildung beauftragt werden wird. Caillaux wird dem neuen Kabinett nicht mehr angehören, dagegen wird erwartet, daß Gerriot oder einer seiner politischen Freunde in das Kabinett eintreten werden. Auch Briand soll wieder ein Ministerposten erhalten.

Der griechisch-bulgarische Konflikt.

Paris, 28. Oktober. Nach einer im „Petit Parisien“ veröffentlichten Agenturmeldung aus Athen wird berichtet, daß der Rückzug der griechischen Truppen in Ausführung der Entscheidung des Völkerverbundes gestern vormittag begonnen habe. Nach einem Telegramm aus Sofia haben griechische Truppen von neuem Infanteriefeuer gegen den bulgarischen Grenzposten Nr. 5 eröffnet.

Schriftleitung Wiltz Bell jr., Halver i. Westf.



Freitag morgen verkaufe ich wieder
la Gefrierfleisch.
Frau Emil Haase, Halver
Hochstraße 4.



Es ist bestimmt in Gottes Rat,
Daß man vom liebsten was man hat,
Muß scheiden.

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, heute
mittag gegen 1 Uhr plötzlich und unerwartet, un-
sere innigstgeliebte Tochter, unsere liebe Schwester,
unsere teure Enkelin, Nichte und Kusine

Erna Tweer

im blühenden Alter von 19 Jahren zu sich in die
Ewigkeit zu nehmen.

In tiefster Trauer

Familie Wilhelm Tweer.

Windfuhr, den 27. Okt. 1925.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. Okt.
nachm. 3 1/2 Uhr vom elterlichen Hause zu Windfuhr aus
statt.

Nachruf.



Am 27. Oktober ist unser lang-
jähriges Vorstandsmitglied

Herr Fritz Kattwinkel zu Vorth

verschieden. Der Verstorbene ge-
hört seit dem 1. Januar 1914 dem
Vorstand der Kasse an und hat
während dieser langen Zeit an den
ausserordentlich vielen Beratungen
mit grossem Interesse teilgenommen.

Wir verlieren in dem Verstor-
benen ein eifriges Vorstandsmit-
glied und werden sein Andenken
in Ehren halten.

Kierspe, den 27. Okt. 1925.

Allgem. Oriskrankenkasse, Kierspe,
I. A. Fritz Schuster
Vorsitzender.

Statt Karten!

Ernst Herberg
Lisbeth Herberg
geb. Bals

Vermählte.

Oberrahmede, den 30. Okt. 1925.

Geschäftseröffnung.

Der geehrten Einwohnerschaft von
Halver und Umgegend zur gefl.
Kenntnisnahme, daß ich am Samstag,
den 31. Okt. 1925 in meinem Hause
Frankfurterstraße 30 neben meiner
bisher bestehenden

Bäckerei und Konditorei ein

Café

eröffnet habe.

Es wird mein Bestreben sein, mir
durch eine aufmerksame und reelle
Bedienung das Wohlwollen
und Vertrauen meiner
werten Kundschaft
zu erwerben

Adolf Rövenstrunk.

Suche für sofort für
kleineren Haushalt (3 Per-
sonen) in Kierspe
Orbl. Mädchen.
Bu erfrag. in d. Geschäft
b. Allg. Anz.

Leiterwagen

empfiehlt billigst

Aug. Bollmerhaus,
Kierspe-Bhf.

Volta

-Batterien
frisch eingetroffen.

Wilh. Bell jr.,
Halver.

Zur Herbstdüngung

empfehle und halte auf
Lager vorrätig

Schwefels. Ammoniak
20,66 %

Amm.-Superphosphat
5x10 %

Knochenmehl 5x20 %

Thomasmehl 14 %

zitronensäurelös.

Kainit 12,5 %

Kali 41,5 %

C. Zimmermann,
Dhl-Rönsahl.

Fernruf Nr. 11.

Für Wirte

empfehle:

Biergläser,
Pilsener Henkel
seidel (5/10 Liter)
Walzenseidel,
Harzer Pokale,
Likörgläser,
Weingläser,
Gläserbürsten
u. s. w.

Wilh. Bell jr.
Halver.

Habe mich in **Melnerzhagen** als

Rechtsanwalt

niedergelassen.

Mein Büro befindet sich neben dem
Amtsgericht, den ehemaligen Geschäfts-
räumen des Herrn Rechtsanwalts Raulf.
Fernsprecher Nr. 312.

Dr. Kurz, Rechtsanwalt.

Amtlicherseits bin ich zum Verkauf von zollfreiem

Gefrierfleisch

zugelassen. Mk. 0.75 und Mk. 0.80 das Pfd.

Verkauf nur gegen bar.

Ed. Schnepfer, Halver i. Westf.,
Mehlgemeister, Frankfurterstraße 23.

Insulieren bringt Gewinn!

Die Leistungsfähigkeit

meines Hauses, welche allgemein als überragend
bekannt ist, wird begründet durch umfangreichste
Eigenherstellung der Qualitätsmarke „Viab“
in mustergültigen Werkstätten und modernen
Großbetrieben, durch den Bezug aller Rohstoffe
aus den bedeutendsten Webereien.

Die reichhaltige Auswahl

in den verschiedensten Stoffarten und Farben
in Formen und Größen und in allen Preis-
lagen, wie sie mein Haus bietet, kann nur ein
wirklich erstklassiges Spezial-Geschäft bringen.

Das Grundprinzip

meines Hauses war von jeher, nur Ware in
vollendet guter Beschaffenheit, nur beste Quali-
täten zu den niedrigsten Preisen in den Verkauf
zu bringen. Mit diesem Prinzip ist meine
Firma groß geworden und so soll es bleiben.

C. Artmeier

Barmen, Wertherstraße.

Das Haus für

Herren- und Jünglings- und Knaben-Kleidung.

Große Ersparnisse

bringen wir Ihnen
durch die Angebote unserer

Propaganda-Sage

Eine außergewöhnlich günstige Kaufgelegenheit
für Ihren Herbst- u. Winterbedarf.
Lesen Sie unsere heutige Beilage!

Gebrüder Alsberg Flagen w.



Die Hauptsache:

Wenn gute und preiswerte
Damen- & Kinder-Bekleidung
angeschafft werden sollen,
wenden Sie sich an

Salomons

HAGEN I.W. * ELBERFELDERSTRASSE 36